Aus dem Bereich der Vereinten Nationen

Allgemeines

Generalversammlung | 70. Tagung 2015/2016

- Nachhaltigkeitsgipfel und 2030-Agenda
- Kampf gegen gewalttätigen Extremismus und Terrorismus
- Maßnahmen gegen Tötung von Frauen und Kindern

Die 70. Ordentliche Tagung der Generalversammlung der Vereinten Nationen wurde am 15. September 2015 am Amtssitz in New York von ihrem Präsidenten Mogens Lykketoft eröffnet. In seiner Rede erinnerte sich der Däne an seine einstigen Hoffnungen und Ziele, die er mit den Vereinten Nationen verbunden hätte, insbesondere »Rationalität und Humanität«, die er als »aktuell wie eh und je« befand.

Das Jubiläumsjahr bestimmte das Thema seiner Amtsperiode: »Die Vereinten Nationen mit 70 – eine erneute Verpflichtung zum Handeln«. Als oberste Priorität identifizierte er das Erreichen der Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs). Für das bevorstehende Jahr kündigte er hochrangige Veranstaltungen zu diesem Thema und die Beschäftigung mit UN-Reformen an.

Daneben verwies er auf die besondere Gedenkveranstaltung am 23. Oktober 2015 zum 70. Jahrestag des Inkrafttretens der Charta der Vereinten Nationen einen Tag später, zwei Sondertagungen zum Weltdrogenproblem sowie zum Thema HIV/Aids sowie eine Zehn-Jahres-Rückschau zur Umsetzung der Ergebnisse des Weltgipfels über die Informationsgesellschaft.

Der Tagungseröffnung folgte der Nachhaltigkeitsgipfel der Vereinten Nationen zur Annahme der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung (2030-Agenda) vom 25. bis 27. September 2015. Mehr als 150 Staats- und Regierungschefs sowie zahlreiche Ministerinnen und Minister nahmen teil. Die 2030-Agenda mit ihren 17 Nachhaltigkeitszielen wurde am 25. September unter dem Titel ›Transformation unserer Welt‹ (70/1) einstimmig verabschiedet. Sie trat am 1. Januar 2016 in Kraft und soll bis zum 31. Dezember 2030 umgesetzt werden. An vorderster Stelle bekräftigen die Staaten gemeinsam, Armut und Hunger überall auf der Welt zu beenden.

UN-Generalsekretär Ban Ki-moon sprach von einem »entscheidenden Moment in der Menschheitsgeschichte«. Die 2030-Agenda sei »eine allumfassende, ganzheitliche und umgestaltende Vision für eine bessere Welt«.

Generaldebatte

Die jährliche Generaldebatte dauerte vom 28. September bis zum 5. Oktober 2015. 170 Vertreterinnen und Vertreter von Staaten und Organisationen sprachen zu globalen Themen, viele nahmen dabei Bezug auf das 70-jährige Jubiläum der UN.

Eröffnet wurde die Generaldebatte vom Generalsekretär. Seine große Sorge galt der Rekordzahl an Flüchtlingen. Zentrales Thema vieler Reden war der Konflikt in Syrien und der Dissens im Sicherheitsrat. Der russische Präsident Wladimir Putin schätzte den Vetogebrauch als »völlig natürlich für eine derart vielfältige und repräsentative Organisation« ein, Einstimmigkeit sei von den Gründern nicht erwartet worden. Zum Thema Terrorismus und den Situationen in Irak, Libyen und Syrien bezog er deutlich Stellung gegen die USA, insbesondere deren Umgang mit Syriens Präsidenten Baschar al-Assad.

»Gute Nachbarschaft« forderte der deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier in seiner Rede ein und bezog sich dabei sowohl auf die verheerende Situation von Flüchtlingen als auch auf die katastrophale Lage in Syrien (vgl. Rede Steinmeier, VN, 5/2015, S. 235f.). Hier forderte er von Russland mehr Unterstützung für eine politische Lösung. Ähnlich betonte der amerikanische Präsident Barack Obama in seiner Rede vor der Generalversammlung die zentrale Rolle der Diplomatie und lobte wie auch Steinmeier das Abkommen mit Iran.

Der Hauptteil der 70. Tagung mit 82 Sitzungen schloss am 23. Dezember 2015. Der zweite Teil folgte am 22. Januar 2016 mit weiteren 35 Sitzungen und endete am 13. September 2016. In diesem Zeitraum wurden 305 Resolutionen und 101 Beschlüsse verabschiedet. Den Delegierten lagen insgesamt 1035 Dokumente vor. Am 15. Oktober 2015 nahm die Generalversammlung den Bericht des Generalsekretärs über die Tätigkeit der Organisation zur Kenntnis (A/70/1; vgl. Henrike Landré, VN, 5/2015, S. 225f.).

Abrüstung

Am 7. Dezember 2015 verabschiedete die Generalversammlung mehrere Resolutionen zum Thema Kernwaffen. So drängt sie in Resolution 70/33 darauf, die multilateralen Verhandlungen über nukleare Abrüstung voranzubringen, und beschloss mit 138 Stimmen die Einberufung einer offenen Arbeitsgruppe, die Maßnahmen, Rechtsvorschriften und Normen für eine Welt ohne Kernwaffen erarbeiten soll. Deutschland enthielt sich in diesem Fall wie auch bei der Abstimmung über die humanitären Folgen von Kernwaffen (70/47) und stimmte zudem gegen eine von Österreich eingebrachte Resolution über die Ächtung von Atomwaffen (70/48).

Politik und Sicherheit

Gewalttätiger Extremismus

Am 17. Dezember 2015 stellte die Generalversammlung fest, dass »Gewalt niemals eine annehmbare Antwort auf Akte der Intoleranz aufgrund der Religion oder Weltanschauung sein kann« (70/157). In einer weiteren Resolution fordert sie alle Mitgliedstaaten auf, »sich vereint gegen den gewalttätigen Extremismus […] zu stellen« und insbesondere »alle Formen der Gewalt gegen Frauen nachdrücklich zu verurteilen« (70/109). Eine Woche später legte der UN-Generalsekretär seinen Aktionsplan zur Verhütung des gewalttätigen Extremismus vor, in dem er unter anderem verbesserte Kommunikationsstrategien empfiehlt, damit sich extremistische Gewaltideologien weniger schnell verbreiten können (A/70/674).

Terrorismus

Die Generalversammlung verabschiedete ebenfalls im Dezember 2015 Maßnahmen zur Beseitigung des internationalen Terrorismus (70/120). Eine der Empfehlungen lautet, auf der 71. Tagung eine Arbeitsgruppe zum Entwurf eines umfassenden Übereinkommens über den internationalen Terrorismus einzurichten. An den Generalsekretär ergeht die Aufforderung, Empfehlungen auszuarbeiten, wie der Öffentlichkeit die Gefahren von Intoleranz bewusstgemacht sowie Verständigung und Gewaltlosigkeit gefördert werden könnten. Bei der fünften Überprüfung der Weltweiten Strategie zur Bekämpfung des Terrorismus im Juni 2016 wird in Resolution 70/291 entsprechend betont, dass gerade bei jungen Menschen eine Kultur des Friedens, der Toleranz, des interkulturellen und interreligiösen Dialogs gefördert werden müsse.

Sozialfragen

Drogen

Im Anschluss an die 59. Tagung der Suchtstoffkommission im März fand vom 19. bis 21. April 2016 die 30. Sondertagung der Generalversammlung über das Weltdrogenproblem am Amtssitz der Vereinten Nationen in New York statt. Die Vertreterinnen und Vertreter der Mitgliedstaaten verpflichten sich zur wirksamen Behandlung und Bekämpfung des Weltdrogenproblems (S-30/1) und erörterten den Umsetzungsstand der Politischen Erklärung und des Aktionsplans für internationale Zusammenarbeit. Neben zahlreichen Maßnahmen zur Senkung der Nachfrage und des Angebots standen die Aspekte Gesundheit, Prävention, Jugend und Kooperation im Vordergrund.

Gesundheit: HIV/Aids

Vom 8. bis 10. Juni 2016 fand die 21. Welt-Aids-Konferenz mit rund 18 000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern im südafrikanischen Durban statt. In der gemeinsamen Erklärung wird verlautbart, einen schnellen Weg im beschleunigten Kampf gegen HIV/Aids und die endgültige Beendigung der Epidemie bis zum Jahr 2030 einschlagen zu wollen (70/266). Vor dem Hintergrund der Finanzierungsprobleme verpflichten sich die Staaten unter anderem dazu, den Globalen Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria mit 13 Milliarden US-Dollar zu unterstützen. Besorgt wird festgestellt, dass sich täglich 6000 Menschen neu mit HIV/Aids infizieren und dass die Immunschwächekrankheit weltweit die Haupttodesursache bei Frauen und heranwachsenden Mädchen im reproduktiven Alter von 15 bis 49 Jahren darstellt.

Migration

In Resolution 70/147 bringt die Generalversammlung im Februar 2016 ihre Sorge über die hohe Zahl an Migrantinnen und Migranten, insbesondere Frauen und Kinder, zum Ausdruck und ruft die Mitgliedstaaten dazu auf, die Menschenrechte und Grundfreiheiten dieser Personen wirksam zu fördern, zu schützen und dabei stärker zusammenzuarbeiten. Der partnerschaftliche Ansatz war bereits Thema des 8. Gipfeltreffens des Globalen Forums über Migration und Entwicklung vom 14. bis 16. Oktober 2015 in der Türkei gewesen. Im Dezember 2015 erfolgte der offizielle Beschluss, für den 19. September 2016 eine Plenartagung der Generalversammlung auf hoher Ebene über die Bewältigung großer Flüchtlings- und Migrationsbewegungen einzuberufen (70/539).

Wirtschaft und Entwicklung

2030-Agenda

Die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung (70/1) ist zweifelsohne das zentrale Ergebnis der 70. Generalversammlung, auf das der Großteil der Resolutionen und Beschlüsse in der Folge Bezug nahmen. Anlässlich des 70-jährigen Bestehens der Organisation bekräftigen die Staaten in Resolution 70/3 ihr Bekenntnis »zu den Zielen und Grundsätzen der Charta sowie zur Charta in ihrer Gesamtheit« (Abs. 1) und sichern ihre volle Unterstützung für die 2030-Agenda zu.

Informationsgesellschaft

Am 15. und 16. Dezember 2015 wurde im Rahmen einer hochrangigen Tagung die Umsetzung der Ergebnisse des Weltgipfels über die Informationsgesellschaft diskutiert. Im Ergebnisdokument (70/125) bekräftigen die Mitgliedstaaten die Vision einer Informationsgesellschaft und betonen die enge Verzahnung mit der 2030-Agenda: So sei der Zugang zu Informations- und Kommunikationstechnologien selbst zu einem Entwicklungsindikator geworden. Ihre größte Sorge gilt weiterhin den »digitalen Spaltungen« zwischen und innerhalb von Staaten sowie zwischen Männern und Frauen.

Menschenrechte

Maßnahmen gegen die Tötung von Frauen und Kinder

Am 17. Dezember 2015 verabschiedete die Generalversammlung eine Folgeresolution zum Vorgehen gegen die Tötung von Frauen und Mädchen aufgrund des Geschlechts (70/176), nachdem zwei Jahre zuvor das Thema Femizid zum ersten Mal aufgegriffen worden war (68/191). Tief besorgt darüber, dass jedes zweite weibliche Opfer eines Tötungsdelikts von Familienangehörigen getötet wird, wie auch über das hohe Maß an Straflosigkeit, werden strafrechtliche Maßnahmen auf staatlicher Ebene eingefordert. Während Staaten verstärkt Daten auf nationaler Ebene erheben sollen, wird den zuständigen Einrichtungen und Institutionen der UN aufgetragen, Unterstützung zu leisten, Daten auszuwerten, weiter Forschung zu betreiben und Studien bereitzustellen.

Menschenrechtsverletzungen

Im Dezember wurden wie in den Vorjahren Resolutionen zu Menschenrechtsverletzungen in einzelnen Ländern verabschiedet, darunter Myanmar (70/233) und Syrien (70/234). Im Fall Myanmar wird die Regierung erneut aufgefordert, die muslimische Minderheit der Rohingya vor Gewalt zu schützen.

Haushalt und Verwaltung

Reform

In kurzer Abfolge befassten sich zwei als Meilensteine erklärte Resolutionen im September 2015 mit der Neubelebung der Arbeit der Generalversammlung (69/321 und 70/305). Unter anderem wurde festgelegt, dass erstmalig informelle Gespräche mit allen Bewerberinnen und Bewerbern für das Amt des Generalsekretärs stattfinden sollen. Für den Präsidenten der Generalversammlung wurden ein Amtseid und ein Ethikkodex eingeführt.

Die Initiative des Generalsekretärs zur Stärkung des Systems, einschließlich des Berichts der Hochrangigen unabhängigen Gruppe für Friedensmissionen (HIPPO; A/70/95–S/2015/446), wird in Resolution 70/6 begrüßt. Die einzelnen Empfehlungen, unter anderem eine stärkere Rolle für Vermittlung und Prävention, wurden fortan in den betreffenden Ausschüssen behandelt.

Finanzen

Neben den Beitragsschlüsseln für die Aufteilung der Ausgabenlast der Vereinten Nationen (70/245) sowie der Friedenssicherungseinsätze (70/246) wurde am 23. Dezember 2015 der Programmhaushaltsplan für den Zweijahreszeitraum vom 1. Juli 2016 bis 30. Juni 2017 verabschiedet (70/249 A-C). Bewilligt werden Mittel in Höhe von 5,4 Milliarden US-Dollar. Für die 15 laufenden Friedenssicherungsmissionen werden für denselben Zeitraum insgesamt 7,9 Milliarden US-Dollar veranschlagt (A/C.5/70/24), das einem leichten Rückgang im Vergleich zum Vorjahr entspricht.

Umwelt

Drei Konferenzen sind im Berichtszeitraum hervorzuheben: Zunächst war das Klimaübereinkommen von Paris ein wichtiger Meilenstein im Rahmen der Umsetzung der 2030-Agenda. Es wurde am 12. Dezember 2015 auf der Klimakonferenz (COP-21) in der französischen Hauptstadt von den 195 Vertragsstaaten des UN-Rahmenübereinkommens über Klimaänderungen (UNFCCC) verabschiedet.

Habitat III

Ferner erfolgte im Februar 2016 die Ankündigung der Konferenz der Vereinten Nationen über Wohnungswesen und nachhaltige Stadtentwicklung (Habitat III) (70/210), die im Oktober 2016 in Quito, Ecuador stattfand. Ziel war die Erarbeitung eines neuen Leitbildes: die ›Neue Urbane Agenda‹.

Ozeane und Seerecht

Zudem beschloss die Generalversammlung in Resolution 70/226, vom 5. bis 9. Juni 2017 in Fidschi eine hochrangige Konferenz zur Unterstützung der Verwirklichung von Ziel 14 der SDGs zum nachhaltigen Meeresschutz abzuhalten.

In Anknüpfung an vorangegangene Resolutionen über Ozeane und Seerecht will die Generalversammlung in Resolution 70/235 sichergestellt sehen, dass insbesondere die am wenigsten entwickelten Länder, kleine Inselentwicklungsländer sowie afrikanische Küstenstaaten das Seerechtsübereinkommen umsetzen, Ozeane und Meere nutzbringend und nachhaltig erschließen sowie an allen relevanten politischen Prozessen teilnehmen können.

Wahlen und Ernennungen

Am 15. Dezember 2015 appellierten der Präsident der UN-Generalversammlung Lykketoft und die Präsidentin des UN-Sicherheitsrats Samantha Power (USA) an alle Staaten, Kandidaten für das Amt des Generalsekretärs zu benennen, wie in Resolution 69/321 vorgesehen. Erstmalig wurden im Zuge der Absicht, den Auswahl- und Ernennungsprozess offener, transparenter und inklusiver zu gestalten, nichtstaatliche Organisationen eingeladen, Fragen an die Kandidierenden zu richten, die dann veröffentlicht werden. Die Gesprächsrunden dauerten bis weit in das Jahr 2016 an.

Nachfolger von António Guterres im Amt des Hohen Flüchtlingskommissars wurde Filippo Grandi. Dessen fünfjährige Amtszeit begann am 1. Januar 2016. Der Italiener war im November 2015 auf einen Vorschlag von Generalsekretär Ban hin von der Generalversammlung gewählt worden. Im November 2015 wurde der Deutsche Martin Kobler, zuvor Leiter der MONUSCO, zum Sondergesandten und Leiter der UN-Unterstützungsmission in Libyen (UNSMIL) ernannt.

Am 13. Juni 2016 wählte die Generalversammlung Peter Thomson, Ständiger Vertreter Fidschis bei den UN und Kandidat der asiatisch-pazifischen Gruppe, zum Präsidenten der 71. Generalversammlung.

Henrike Landré
(Dieser Beitrag setzt den Bericht von Sylvia Schwab, Generalversammlung: 69. Tagung 2014/2015, VN, 6/2016, S. 269ff., fort.)